

08. November 2013

Axel Kurth

361-10293

Vorlage für die Sitzung des Senats am 26. November 2013

Wirtschaftspläne 2014 / 2015 und Weiterentwicklungskonzept der Bremer Volkshochschule

A. Problem

Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens für die Jahre 2014 und 2015 sind der Bremischen Bürgerschaft neben den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen auch die Wirtschaftspläne für die bremischen Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts vorzulegen. Diese – wirtschaftlich selbständigen, zum Gesamthaushalt zugehörigen – Einheiten sind nach den gleichen Kriterien intensiv zu prüfen. Dabei ist generell sicherzustellen, dass

- die veranschlagten Mittel für Zuweisungen an Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts in den Haushalten der Stadtgemeinde und des Landes Bremen mit den jeweiligen Positionen innerhalb der Wirtschaftspläne übereinstimmen. Dies gilt sinngemäß auch für die Abführungen an den Haushalt.
- die in den Ressorthaushalten vorgenommenen Einsparungen auch unter Einbeziehung der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts umgesetzt werden.
- keine neuen kreditfinanzierten Investitionen innerhalb der sonstigen Sondervermögen erfolgen sollen.

Dem Senat wurden bereits zu seiner Sitzung am 20. August 2013 die Wirtschaftspläne 2014 / 2015 zahlreicher Einrichtungen vorgelegt. Aufgrund des zu diesem Zeitpunkt noch in der Bearbeitung befindlichen Weiterentwicklungskonzepts der Bremer Volkshochschule, dessen zentraler Bestandteil die Wirtschaftspläne 2014 / 2015 sind, können diese Wirtschaftspläne erst jetzt dem Senat zur Kenntnis gegeben werden.

B. Lösung

Dem Senat werden hiermit die Wirtschaftspläne für die Jahre 2014 und 2015 der VHS vorgelegt, deren haushaltsrechtliche Konformität mit diesen Anforderungen durch die Senatorin für Finanzen bestätigt wurde.

Die Wirtschaftspläne sowie das Konzept zur Weiterentwicklung der Bremer Volkshochschule sind in der Anlage beigefügt. Die Wirtschaftspläne gliedern sich in die Einzelübersichten „Erfolgsplan“, „Vermögensplan“, „maßnahmenbezogener Investitionsplan“ sowie „Personalplan“. Neben den zu beschließenden Wirtschaftsplänen für die Jahre 2014 und 2015 sind nachrichtlich die Jahre 2016 und 2017 einbezogen worden. Die diesbezüglichen Daten stellen die ressortseitigen Planungen dar, ohne dass hierüber bereits Beschlüsse gefasst worden sind oder eine diesbezügliche Abstimmung mit der mittelfristigen Finanzplanung stattgefunden hat. Insofern handelt es sich für die Jahre 2016 und 2017 lediglich um Orientierungswerte des Fachressorts, deren Konkretisierung und Fixierung im Rahmen der Haushaltsberatungen für diese Jahre zu erfolgen hat.

Das vom Betriebsausschuss am 21.11.2013 und der Fachdeputation im Umlaufverfahren am 25.11.2013 beschlossenen Weiterentwicklungskonzept hat das Ziel, dass die Bremer Volkshochschule, die Wirtschaftsjahre 2014 / 2015 mit einem jeweils ausgeglichenen Ergebnis abschließt und auch perspektivisch ausgeglichene Wirtschaftspläne vorlegen kann.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die finanz- und personalwirtschaftlichen Auswirkungen sind in den anliegenden Wirtschaftsplänen der Bremer Volkshochschule dargestellt. Eine Übereinstimmung der Wirtschaftspläne mit den Haushaltsentwürfen liegt vor. Gender-spezifische Aspekte wurden dabei nicht festgestellt.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage wurde mit dem Senator für Kultur und der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.

G. Beschluss

- 1.) Der Senat nimmt die anliegenden Wirtschaftspläne 2014 / 2015 des Eigenbetriebs Bremer Volkshochschule zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, die Wirtschaftspläne zur Beschlussfassung dem Haushalts- und Finanzausschuss zu seiner Sitzung am 27. November .2013 vorzulegen.

- 2.) Der Senat nimmt das Konzept „Weiterentwicklung der Bremer Volkshochschule“ zur Kenntnis.

Vorlage Nr. 92
für die Sitzung der
Deputation für Kultur
(städtisch)
am 26. November 2013

Konzept „Weiterentwicklung der Bremer Volkshochschule“

A Problem

Anpassung der Säulen des Konsolidierungskonzeptes 2009

Im Jahr 2009 wurde es notwendig, für die Bremer Volkshochschule (VHS) ein Sanierungskonzept vorzulegen. Ursächlich dafür waren unter anderem weg brechende Drittmittel und gestiegene Gesamtkosten.

Unter der Maßgabe, das im Haushalt veranschlagte Budget perspektivisch einzuhalten, wurde von der damaligen Leitung den politischen Gremien ein Konsolidierungskonzept vorgelegt. Dies enthielt u. a. folgende Arbeitsschwerpunkte:

1. Straffung der Programmbereichsstruktur
2. Personalkosteneinsparung
3. Implementierung einer zeitgemäßen Kosten- und Leistungsrechnung
 - Verbesserung der Steuerung über Kostenstrukturen
 - Erweiterung der EDV-gestützten Kurskalkulation
 - Verbesserung des internen Berichtswesens
4. Weitere Einsparungen in den Bereichen
 - Abmietung von Mietobjekten
 - Gebührenerhöhungen
 - Programmheftreduktion

In diesem Zusammenhang sind zu den oben genannten Punkten folgende Maßnahmen bereits umgesetzt worden:

- zu 1. Straffung der Programmbereichsstruktur
 - Zusammenlegung einzelner Fachbereiche
 - Kurse mit negativem Deckungsbeitrag konnten reduziert werden
- zu 2. Personalkosteneinsparung
 - durch Fluktuationen wurden flachere Hierarchien geschaffen und der operative

Mittelbau gestärkt

- zu 3. Implementierung einer zeitgemäßen Kosten- und Leistungsrechnung
 - Transparenz über Kostenstrukturen durch ausdifferenzierte Kosten- und Leistungsrechnung
 - Verbesserung des internen Berichtswesens
- zu 4. Weitere Einsparungen
 - Abmietung von Mietobjekten

Im Zeitraum zwischen 2009 und 2011 konnten zudem die Umsatzerlöse gesteigert werden – bei gleichzeitiger Verringerung des kulturfachlichen Aufwands. Das führte dazu, dass die Eigenfinanzierungsquote der VHS im Jahr 2009 von 56,26 % auf 58,02 % im Jahr 2011 gesteigert werden konnte. Weiter konnte der Personalaufwand im gleichen Zeitraum von rund 3,5 Mio. € auf 3,3 Mio. € gesenkt werden. In der Folge zeigten sich positive Ansätze in der Umsetzung von Modernisierungsmaßnahmen. Dies ist auch durch die regelmäßige Berichterstattung im Betriebsausschuss und durch die der Deputation vorgelegten Controllingberichte belegt.

Im Verlauf kam es zu einer Situation, die den eingeschlagenen Prozess deutlich erschwerte, da der bisherige Leiter der VHS aufgrund einer erfolgreichen Bewerbung das Haus verließ. Ein Interimsteam aus erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der VHS übernahm bis zur Wiederbesetzung der vakanten Leitungsstelle die Führung der Einrichtung.

Bei der Personalfindung für die Leitung der VHS wurde von der Auswahlkommission ein besonderes Augenmerk auf Kompetenzen in der Personalentwicklung gerichtet, da eine zentrale Herausforderung des bestehenden vorgelegten Konzeptes die Modernisierung der Arbeitsformen und -strukturen ist. Diese konnten bis zum Antritt der neuen Leitung nicht nachhaltig umgesetzt werden, weil ein solches Vorhaben Kontinuität und vertiefte Kenntnisse in dieser Profession verlangt.

Mit Frau Dr. Sabina Schoefer gelang es im Jahr 2011, eine erfahrene Fachkraft zu gewinnen. Zu Beginn ihrer Arbeitsphase richtete der Senator für Kultur mit Blick auf die dargestellte Entwicklung die Bitte an Dr. Sabina Schoefer, die Säulen des Sanierungskonzeptes zu überprüfen. Die neue Leiterin der VHS präsentierte bereits im Winter 2011 einen ersten Überblick über die zu bearbeitenden Bereiche. Sie erläuterte, dass vor dem Hintergrund der Personalstruktur und der Fluktuation im Haus eine umfassende Organisationsreform nötig sei und dass sowohl Analyse und Maßnahmen einen längeren Zeitraum beanspruchen würden. Als besondere Schwachstellen definierte sie in diesem Zusammenhang gestiegene Personalkosten zur Kompensation von Krankheitsausfällen und überarbeitungsbedürftige Geschäftsprozesse.

Im weiteren Fortgang zeigte sich, dass die VHS den angestrebten Sanierungspfad später als ursprünglich geplant erreichen würde, da die Personalmaßnahmen bei Beibehaltung des Leistungserhaltes nicht so kurzfristig wie vorgesehen umgesetzt werden konnten. Dies zeigte sich auch in den mit Defiziten versehenen Controllingberichten seit dem Winter 2012. Der Deputation – zuletzt im März 2013 – und dem Betriebsausschuss sowie dem Haushalts- und Finanzausschuss wurde darüber regelmäßig Bericht erstattet.

Vergleich Konsolidierungskonzept 2009 zum jeweiligen IST bzw. Hochrechnung	2009 T€	2010 T€	2011 T€	2012 T€	2013 T€ HR
Geplant gem. Konsolidierungskonzept 2009					
Jahresüberschuss	- 393	-276	-171	-106	-17
Inanspruchnahme des Betriebsmittelkredits	525	801	971	1.078	1.095
Eigenkapital	-470	-746	-917	-1.023	-1.040
IST/Hochrechnung					
Jahresüberschuss	-243	-180	-122	-366	-266
Inanspruchnahme des Betriebsmittelkredits*	428	579	738	1.525	1.780
Eigenkapital	-433	-614	-736	-1.056	-1.323

*Die Veränderung des Betriebsmittelkredits im IST stellt die tatsächliche Inanspruchnahme dar. In den Jahren vor 2012 erfolgte die Auszahlung der ersten Rate des Zuschusses (eine 2-Monatsrate entspricht ca.: 480 T€) des Folgejahres i.d.R. vor dem 31.12. Dadurch war der Kontostand in den Vorjahren entsprechend niedriger.

B Lösung

Prozess zur Erarbeitung eines neuen Konzeptes

Das nachfolgend dargestellte Maßnahmenpaket hat das Ziel, die VHS strukturell wie finanziell nachhaltig und zukunftssicher aufzustellen.

Für die Umsetzung des Konzeptes sind sowohl kurzfristige als auch mittel- und langfristige Gegensteuerungsmaßnahmen notwendig.

Kurzfristige Gegensteuerung

Zur kurzfristigen Gegensteuerung wurden fünf Sofortmaßnahmen eingeleitet:

1. Die Verwaltungsleitung wurde von Aufgaben entlastet, um sich auf das Controlling, das Risikomanagement und die wirtschaftliche Entwicklung der VHS konzentrieren zu können.
2. Es wurde eine VHS-interne „Task Force“ gegründet. Erstes Ergebnis ihrer Arbeit ist die realistische Einschätzung der Kostenentwicklung. Inzwischen ist es möglich, auch Teilprojekte wirtschaftlich zu überprüfen.
3. Alle Ausgabenpositionen der VHS sind der Direktorin zur Prüfung, Entscheidung und Freigabe vorzulegen.
4. Die bisherige Personalbewirtschaftung wurde dahingehend strukturell verändert, dass der Personalbereich direkt dem Verantwortungsbereich der Direktion unterstellt wurde.
5. Die Personalkosten wurden, wo dies sozialverträglich möglich war, reduziert.

Darüber hinaus werden im Folgenden weitere fünf Handlungsfelder als mittel- und langfristige Gegensteuerungsmaßnahmen definiert, um eine Optimierung des Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsystems zur Sicherung von Angebot, Nachfrage und Wirtschaftlichkeit zu erreichen.

Mittel- und langfristige Gegensteuerung

1. VHS-IT als Kern der Reorganisation
2. Personalkostenreduzierung
3. Programmstruktur, Angebotsstrategie und Marketing
4. Effizienz von Prozessketten und Schnittstellen
5. Konsolidierung der wirtschaftlichen Entwicklung

Zu 1. VHS-IT als Kern der Reorganisation

Die VHS benötigt eine leistungsfähige IT-Infrastruktur. Jährlich realisiert die VHS etwa 5.000 Kurse in zwei Semestern. Die administrative Abwicklung ist eine logistische Herausforderung, da immer komplexere Prozessketten effizient und in gesicherter Qualität organisiert werden müssen. Diese Prozessketten und die damit verbundene Ablauforganisation bedürfen einer zeitgemäßen Neuordnung, um eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung auch in Zukunft zu gewährleisten und die Kosteneffizienz zu verbessern.

Eine solche IT-Infrastruktur ist Voraussetzung für ein wirkungsvolles Controlling und Risikomanagement, um schnell und zuverlässig auf die komplexeren Anforderungen zu reagieren (Angebot, Nachfrage, Trend und Auftrag). Insbesondere muss sie VHS ihre IT-Infrastruktur auch in Bezug auf die veränderte Nachfrage der Teilnehmerinnen und Teilnehmer modernisieren. Der Anteil digitaler Lernmedien hat sich bereits deutlich erhöht und wird nach Schätzungen in den nächsten fünf Jahren weltweit um 12,1 Prozent wachsen (Quelle: PricewaterhouseCoopers „Global Entertainment and Media Outlook: 2012-2016“). Diese sich abzeichnende notwendige Modernisierung der Lernumgebung wird in dem neuen IT – Konzept der VHS berücksichtigt.

Darüber hinaus ist eine leistungsfähige technologische Infrastruktur Voraussetzung dafür, dass die VHS auch weiterhin erfolgreich am Weiterbildungsmarkt operieren kann.

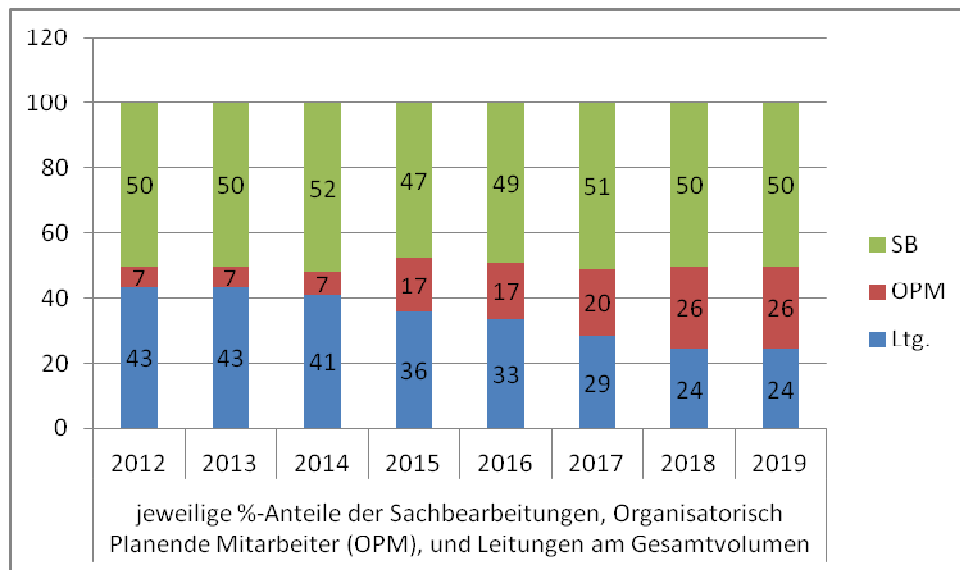
Ziel ist es daher, eine mittel- bis längerfristige Auflösung des Serverbetriebs der VHS und die komplette externe Betreuung aller Arbeitsplatz-Computer durch Dataport umzusetzen. Die VHS plant die Teilnahme an BASIS.bremen und die Übergabe ihres Serverbetriebs an Dataport.

Zu 2. Personalkostenreduzierung

Die notwendige Reduktion von Personalkosten wird durch eine Änderung der Organisationsstrukturen ermöglicht. Bereits Ende 2014 gehen drei von vier Zweigstellenleitungen und zwischen den Jahren 2015 und 2018 mehr als ein Drittel aller Fachbereichsleitungen in den Ruhestand.

Durch eine Änderung der Organisationsstrukturen sollen zugunsten einer Stärkung des operativen Mittelbaus flachere Hierarchien geschaffen werden.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung auf: Die Leitungsebene soll von 43 % im Jahr 2012 auf 24 % im Jahr 2019 anteilig zum Gesamtvolumen des Personalbestandes abgebaut werden. Zugleich erhöht sich der Anteil des Mittelbaus von 7 % im Jahr 2012 auf 26 % im Jahr 2019.



Zu 3. Programmstruktur, Angebotsstrategie und Marketing

Programmstruktur

Kennzeichen einer VHS-Arbeit ist die Gestaltung wohnortnaher Angebote in kostengünstiger Preisgestaltung, die der Entfaltung individueller Potenziale, beruflichen Weiterbildung und Qualifikationsanpassungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dienen. Die Angebote der Programmbereiche Politik/Gesellschaft/Umwelt, Kultur/Gestalten, Gesundheit, Sprachen, Arbeit/Beruf, Grundbildung/Schulabschlüsse sollen in vier Clustern neu gebündelt werden:

1. Beruf, EDV und Grundbildung
2. Sprachen und interkulturelle Kompetenz
3. Politik, Kultur und Gesellschaft
4. Netzwerk- und Konzeptarbeit, Ältere, Arbeit mit Ehrenamtlichen

Das schafft eine klare Programmstruktur und vermittelt ein eindeutiges Bild nach außen.

Seit Juli 2013 führen die Volkshochschulen eine bundesweite Dachmarke mit neuem Logo, neuen Programmheften im gleichen Design und einheitlichem Internetauftritt ein. Diesem Prozess schließt sich die Bremer VHS an und wird ihren Auftritt und die Produktpalette entsprechend anpassen.

Angebotsstrategie

Die Kursgebühren werden zukünftig in der VHS nicht mehr pauschal angepasst, sondern für die Kunden und Kursleitenden transparent aufgegliedert. In Zukunft wird es fünf Preissegmente geben:

- (a) subventionierte Kurse mit klarem Weiterbildungsauftrag von Stadtgemeinde oder Bund
- (b) Standardkurse
- (c) Bildungsurlaub
- (d) Intensivkurse
- (e) Premiumkurse

Dem Kunden werden die Kosten für eine Kursstunde im jeweiligen Preissegment transparent gemacht. Daneben gibt es Ermäßigungen, Sonderangebote, die bewährte „Restplatzbörse“ mit Restplätzen zu günstigerem Preis für Bezieherinnen von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGBII oder SGBXII und Aktionsangebote für Ausstellungen, Vorträge oder Events wie die „Bremer Spieletage“.

Programmschwerpunkt: Integration und Asyl

Die VHS ist eine kommunale Einrichtung mit einem klar definierten öffentlichen Auftrag für Weiterbildung, für sozialverpflichtende sowie stadtteilbezogene Weiterbildungsarbeit. Im Rahmen dieses Auftrags ist sie gehalten, auch Kurse und Veranstaltungen unabhängig von ihrem Deckungsbeitrag anzubieten. Hierzu zählen besonders Kurse und Veranstaltungen aus dem Programmschwerpunkt Integration und Asyl.

Aufgrund steigender Flüchtlingszahlen, des wachsenden Bedarfs und der speziellen Bedürfnissen der Zielgruppe Flüchtlinge richtete die VHS im Jahre 2011 die ersten Deutschkurse für Asylbewerber aus Übergangwohnheimen ein. Wegen der gestiegenen Nachfrage in jüngster Zeit stieg die Zahl der durch die Zentrale der VHS durchgeführten Deutschkurse für Flüchtlinge – insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – um ein Vielfaches. In 2013 kamen jugendliche Flüchtlinge und Analphabeten und Analphabetinnen aus Übergangsheimen hinzu. Die VHS-Zweigstellen realisieren zudem weitere Kurse in den Stadtteilen.

Angesichts dieser Entwicklung hat die VHS ein erstes Konzept auf den Weg gebracht, in der sie ihre Unterstützung bei der Integration von Flüchtlingen darstellt. (siehe Anlage 1)

Marketing

Seit 2011 arbeiten unter Leitung der Direktion die vormals fragmentierten Bereiche Onlineredaktion, Programmredaktion, Anzeigen, Werbung und Druck und Public Affairs übergreifend und kontinuierlich als „Team Öffentlichkeitsarbeit“ zusammen. Seither wurde die Komplexität der Seiten im Internet reduziert, in deren Folge sich die Zugriffe von 27.447.413 auf 29.695.925 erhöht haben.

Zu 4. Effizienz von Prozessketten und Schnittstellen

Zwei Kernaufgaben zur Glättung von Prozessketten und Schnittstellen:

Bündelung der VHS-Beratung im Kundencenter

Der Beratungsaufwand ist durch Einstufungstest, inhaltliche Beratung und Beratung zur Lernbiographie deutlich gestiegen. Auch der bundesweite Trend geht in Richtung zunehmender individueller Lernberatung – so auch in der Bremer VHS. Diese Form von Beratung soll in einem Kundencenter als erste Anlaufstelle für Beratung im Bamberger Haus zentralisiert werden. In den Stadtteilen bleiben die Sprechzeiten erhalten.

Bürger Telefon Bremen (BTB)

Die telefonische Anmeldung erfolgt seit 2012 über das BTB. Die telefonische Anmeldung, die noch parallel in den Fachbereichen geleistet wird, verlagert sich in einem nächsten Schritt in das BTB. Damit werden Fachbereiche der VHS entlastet.

Zu 5. Konsolidierung der wirtschaftlichen Entwicklung

Kostendeckung

Durch die weitere Anpassung insbesondere der Kursgebühren ist insgesamt eine Verbesserung der Kostendeckung zu erwarten. Ausgenommen sind Veranstaltungen im Preissegment 1, wie beispielsweise Kurse zu Alphabetisierung, interkultureller Begegnung, Grundbildung und Familienbildung sowie Kooperationsveranstaltungen.

Aufgabe eines Unterrichtsraumes

In Bremen Nord wurde im Zuge der Sanierung und Modernisierung des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses ein Raum an der Musikschule Grohn aufgegeben, wodurch sich jährlich 9.000 € durch entfallene Mieten einsparen lassen.

Ziel: Umbau und Modernisierung der VHS

Für den Umbau und die Modernisierung der VHS erhält die Einrichtung im Jahr 2014 vom Senator für Kultur einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 250 T€. Im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung werden dazu investive Reste des Jahres 2013 bei der Theater Grundstücks KG in 2014 herangezogen. (vgl. Anlage 2: Wirtschaftsplan)

Zwischen der VHS und der Senatorin für Finanzen soll ein Rahmenvertrag zur Teilnahme am Cashmanagement geschlossen werden, um damit die Inanspruchnahme des Betriebsmittelkredits zu regeln. Die von der VHS vorgelegten Planungen zeigen für die Jahre 2014 bis 2019 in der Spitze eine Inanspruchnahme in Höhe von 1,8 Mio. Euro auf.

Im Folgenden werden die finanziellen Effekte (in T€) aufgelistet:

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Stelleneinsparungen (basierend auf Konsolidierungskonzept 2009)	53	187	203	203	203	203
Personalkostenreduzierung durch Umstrukturierung	25	103	180	156	158	168
Deckungsbeitragsoptimierung	50	50	50	50	50	50
sonstiges	8	9	9	9	9	
Summe	136	349	442	418	420	421

C Finanzielle Auswirkungen

Die Zuschüsse des Senators für Kultur sind in den Haushaltsentwürfen für die Jahre 2014 und 2015 sowie der o.g. Einmalzahlung in Höhe von 250 T€ veranschlagt. Ferner sind Zuschüsse der Senatorin für Bildung und Wissenschaft eingeplant.

Der Haushalts- und Finanzausschuss der Bremischen Bürgerschaft hat in seiner Sitzung am 08.11.2013 eine Nachbewilligung zu Gunsten des UVI-Projektes Nr. 49 „BASIS.bremen“ in Höhe von 200 T€ beschlossen. Die Nachbewilligung erfolgt ausschließlich zum Zwecke der Vorbereitung der Übertragung der Standardisierung und des Windows- Versionswechsels im Rahmen der IT- Gesamtkonzeption – entsprechend der Projektziele von BASIS.bremen auf die Eigenbetriebe beim Senator für Kultur. Die genaue Mittelverwendung in den in Frage kommenden Einrichtungen wird in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen festgelegt.

D Gender-Prüfung

- (1) Die Bremer VHS hat ein Beschäftigungsvolumen von 60 VZE, davon sind 42 mit Frauen besetzt.
- (2) Die Vorlage hat keine genderrelevanten Auswirkungen. Die Bremer Volkshochschule plant mit 53.500 Belegungen; davon werden i.d.R. 1/3 von Männern und 2/3 von Frauen belegt.

E Beschlussvorschlag

- (1) Die Deputation für Kultur nimmt diesen Bericht sowie die Wirtschaftspläne 2014 / 2015 zur Kenntnis und unterstützt die dargelegten Maßnahmen.
- (2) Die Deputation für Kultur stimmt der o.g. Einmalzahlung in Höhe von 250 T€ im Haushaltsjahr 2014 zu.
- (3) Der Senator für Kultur wird gebeten, in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen, die Wirtschaftspläne 2014/2015 für den Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule dem Senat und dann dem Haushalts- und Finanzausschuss zu seinen Haushaltsberatungen zur Beschlussfassung vorzulegen.
- (4) Der Senator für Kultur wird gebeten, regelmäßig im Rahmen der Quartalsberichterstattung über den Fortgang des Konsolidierungsprozesses zu informieren.

Anlagen

Anlage 1: Integration und Asyl

Anlage 2: Wirtschaftsplan 2014/2015 für die Bremer VHS

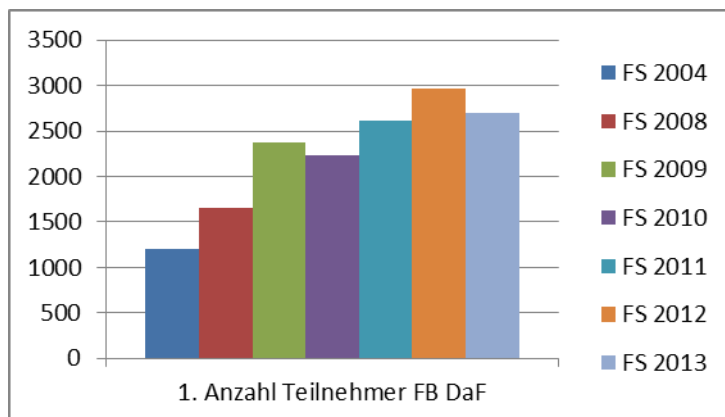
Anlage 1

Bremer Volkshochschule

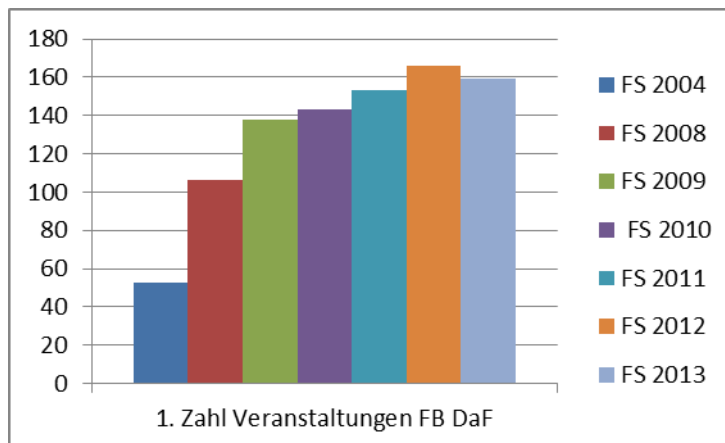
Integration und Asyl

1. Entwicklung der Integration an der Bremer Volkshochschule

Wie Abbildungen 1 und 2 zu entnehmen, haben Veranstaltungen und Teilnehmerzahlen im Fachbereich Deutsch als Fremdsprache in den vergangenen Jahren stark zugenommen.



Während im Frühjahrssemester 2004 1.202 Teilnehmer/innen Veranstaltungen des Fachbereichs besuchten, waren es im Frühjahrssemester 2013 2.693 Teilnehmer/innen, d.h. ihre Zahl hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt,



Die Zahl der Veranstaltungen verdreifachte sich zwischen 2004 (FS 04: 53VAs) und 2013 (FS 13: 159). Zudem nahm seit 2005 der Anteil der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanzierten Integrationskurse am Programm des Fachbereichs stetig zu.

Organisierte der Fachbereich im Frühjahrssemester 2005 fünf Integrationskursmodule, so waren es im Frühjahrssemester 2013 schon 63.

2. Organisatorische Expertise der Bremer Volkshochschule

Diese Kurse erfordern im Vergleich zu "normalen" VHS-Kursen bei der Abwicklung einen drei- bis vierfachen Arbeits-, Beratungs- und Verwaltungsaufwand. Dazu gehören, neben

Einstufungstests für die Teilnehmer und der Erfassung zahlreicher teilnehmerbezogener Daten, fallbezogen eine intensive Kommunikation mit dem Bundesamt, dem Job-Center oder der Ausländerbehörde. Auch die Erstattung von Fahrtkosten an die Kursteilnehmer ist aufwändig, nicht zuletzt da nach jedem Kurswechsel ein Neuantrag auf Fahrtkosten geprüft und gestellt werden muss.

Für die Abrechnung der Integrationskurse leistet die VHS mit dem Fachbereich umfangreiche Vorarbeiten, wie etwa das Überprüfen schriftlicher Entschuldigungen der Teilnehmenden, die Abmeldung von Teilnehmern, die wenig oder überhaupt nicht im Kurs erschienen, die Anmeldung von Teilnehmenden, die nur handschriftlich vom Kursleiter in die Integrationskurslisten eingetragen wurden, das Überprüfen von Unterschriftenlisten der Teilnehmer für jeden einzelnen Kurstag. Bei der Anmeldung von Fortschreibern muss die Sachbearbeitung zudem überprüfen, ob noch Anspruch auf vom Bundesamt geförderte Stunden besteht. Bleibt den Mitarbeitern des Fachbereichs zu wenig Zeit für diese Aufgaben, kommt es zu Fehlern in der Abrechnung mit dem Bundesamt. Dies kann Einnahmeverluste für die VHS bedeuten oder zu aufwändigem Klärungsbedarf mit dem Bundesamt führen.

Mit der schrittweisen *Einführung des Online-Verfahrens* durch das Bundesamt seit März 2012 kam eine weitere Aufgabe dazu. Mitarbeiter der Bremer Volkshochschule und anderer Kursträger müssen nun Veranstaltungs- und Teilnehmerdaten zu den Integrationskursen direkt in das EDV-System des Bundesamtes eingeben.

Die *Organisation der frei finanzierten Deutschkurse* ist zwar weniger aufwändig, aber auch in diesem Segment nahmen Anfragen und damit verbunden die Aufgaben in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu. So machten Vorgaben der Ausländerbehörde bei der Visavergabe Neuplanungen in diesem Bereich notwendig. Mit dem Aufbau der Homepage der Bremer Volkshochschule stieg die Zahl der meist in Fremdsprachen verfassten Anfragen per E-Mail an den Fachbereich sprunghaft an.

Steigende Teilnehmerzahlen im Fachbereich führten auch zu einem Anstieg an Beschwerden und *interkulturellen Konflikten*. Darauf reagiert die VHS professionell (insbesondere bei drohenden gewaltsamen Konflikten), schnell und handelt verantwortungsvoll. Beispielsweise wurden in diesem Zusammenhang– neben Fortbildungen der Kursleiter im Fach DaF - Schulungen zur Konfliktprävention eingeführt.

Auch die *Zahl der Prüfungen* im Fachbereich erhöhten sich in den vergangenen Jahren stark. Organisierte der Fachbereich im Frühjahrssemester 2007 Prüfungen und Prüfungsvorbereitungen für 495 Teilnehmende, so nahmen im Frühjahrssemester 2013 1.101 Teilnehmer/innen daran teil. Dies bedeutete nicht nur eine große quantitative Steigerung. Auch qualitativ stiegen die Anforderungen. Die Organisation der 2009 eingeführten skalierten Abschlussprüfung für Integrationskurse (DTZ), des Abschlusstests für Orientierungskurse und des neuen Einbürgerungstests bedeuteten – im Vergleich zu den "alten" Prüfungen - durch die Zusammenarbeit mit dem Prüfungszentrum TELC, dem Bundesamt und der Innenbehörde einen erheblichen Mehraufwand an Organisation und Verwaltung. So werden etwa die Prüfungsunterlagen unter Angabe umfangreicher Personaldaten für jeden einzelnen Teilnehmer bei der TELC oder dem Bundesamt angefordert. Für die anschließend ausgestellten Prüfungszeugnisse müssen diese Daten ebenso korrekt erfasst werden.

Mit der **Änderung der Integrationskursverordnung am 01.03.2012** erhöhten sich die Anforderungen an die Prüfungsorganisation noch einmal. **Ab 1.7.2012** wurde für die

abschließende Sprachprüfung der Integrationskurse (DTZ) verpflichtend die Teilnahme eines weiteren **externen Prüfers** eingeführt, der nicht an der Bremer VHS tätig ist.

Mit o.g. Entwicklung in den vergangenen Jahren sind die Aufgaben an die Bremer VHS stark angewachsen. Der weitere Ausbau konnte angesichts der gesamthaft angespannten Situation der Bremer VHS (Konsolidierung) bisher nicht durch eine angemessene Personalausstattung unterstützt werden. Obwohl sich Veranstaltungs- und Teilnehmerzahlen mehr als verdoppelten, die Durchführung von Integrationskursen und Prüfungen in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der TELC einen vielfachen Arbeits-, Beratungs-, und Verwaltungsaufwand bedeuten, arbeitet die Fach-Abteilung seit 2006 mit gleicher Stellenzahl der Mitarbeiter.

3. Fachliche Expertise der Bremer Volkshochschule

Die Bremer VHS ist der größte Anbieter von Integrationskursen im Bundesland Bremen. Sie führt rund die Hälfte dieser Kurse im Bundesland durch.

Rund 2.500 Menschen aus aller Welt besuchen jedes Semester Deutschkurse an der Bremer VHS. Dabei werden neben der Sprache auch Werte wie Toleranz und Respekt (gegenüber den unterschiedlichen Kulturen) vermittelt. Die Deutschkurse tragen auch auf diese Weise zu einem friedlichen Miteinander der verschiedenen Kulturen in unserer Stadt bei.

Die Bremer VHS bietet in wachsender Zahl Deutschkurse für Studentinnen und Studenten sowie für ausländische Experten (über das sogenannte IQ-Netzwerk „Integration durch Qualifikation“) an und trägt so dazu bei, den künftigen Bedarf an Fachkräften in Deutschland und Bremen zu sichern.

Die Einrichtung führt jährlich an die 1.000 unterschiedliche Deutschprüfungen durch. Die Ergebnisse der Sprachprüfungen sind Voraussetzung für die Einbürgerung, für die Aufnahme einer Berufsausbildung oder eines Studiums der Zugewanderten. In Kooperation mit der Innenbehörde führt sie für mehr als 500 Teilnehmer jährlich den Einbürgerungstest durch, der gesellschaftliches Grundwissen zum Leben in Deutschland und Bremen abfragt. Der bestandene Test ist eine der Voraussetzungen, um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten.

Die Bremer VHS nimmt – trotz der eigenen schwierigen finanziellen Lage - aus humanitären Gründen jedes Semester rund 60 Flüchtlinge gegen einen symbolischen Kostenbeitrag in ihre Deutschkurse auf. Da viele der Flüchtlinge aus Kriegsgebieten stammen und deshalb nicht in ihre Heimatländer zurückkehren werden, leistet die Bremer VHS auch hier einen wichtigen Beitrag zur Integration von Anfang an. Bei diesem Bemühen wäre eine zusätzliche finanzielle Unterstützung durch die Kommune wünschenswert.

Mehrere tausend Menschen suchen jährlich die Beratung für Deutschkurse der Bremer VHS auf. Die Sprachberatung an der Volkshochschule hat dabei zunehmend den Charakter einer Sozialberatung (Informationen zur Einbürgerung, zu Visafragen, zur beruflichen Integration. Vermittlung an Polizei, Rechtsanwälte, Frauenhaus, Flüchtlingsrat etc.). Zwar ist für viele der angesprochenen Fragen offiziell die Migrationsberatung der Wohlfahrtsverbände zuständig, häufig haben jedoch die Ratsuchenden durch den kontinuierlichen Besuch des Deutschkurses zu unseren mehrsprachigen Beraterinnen und Kursleitern ein besonderes Vertrauensverhältnis aufgebaut und sie möchten sich nur diesen Personen anvertrauen.

In einigen Fällen (z.B. Bedrohung durch Gewalt in der Familie) ist zudem ein schnelles Eingreifen notwendig. In anderen Fällen, z.B. bei der Beschulung von therapierten

Straftätern mit Migrationshintergrund, ist eine direkte Kommunikation und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen (Klinikum Bremen Ost, Forensik) und dem zuständigen Fachbereich der Bremer VHS notwendig.

Die Bremer Volkshochschule führt durch den eigenen Bereich „Interkulturelle Begegnung“ in Bremen Mitte und in den Stadtteilen eine Vielzahl von Veranstaltungen zur interkulturellen Begegnung durch und trägt so zum friedlichen Zusammenleben der Kulturen in unserer Stadt bei. Diese Veranstaltungen sind selten genügend finanziert und werden sehr stark durch das Engagement der Beschäftigten und Kursleitenden getragen.

Die Direktorin ist benanntes Mitglied SfK im Bremer Rat für Integration. Zusammen mit mehreren Mitarbeiter/innen der Bremer Volkshochschule wird Wert darauf gelegt, aktiv im Bremer Rat für Integration sowie in den einschlägigen Netzwerken mitzuarbeiten.

4. Engagement der Bremer Volkshochschule in der Asylpolitik

Die Bremer VHS engagierte sich in der Vergangenheit schon immer stark für Flüchtlinge und nahm sie gegen einen symbolischen Kostenbeitrag in den Deutschkursen auf. Aufgrund steigender Flüchtlingszahlen, des wachsenden Bedarfs und den speziellen Bedürfnissen dieser Zielgruppe richtete die VHS im Jahre 2011 die ersten Deutschkurse für Asylbewerber aus Übergangwohnheimen ein. Aufgrund der wachsenden Nachfrage in jüngster Zeit insbesondere von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen stieg die Zahl der in Bremen Mitte durchgeführten Deutschkurse für Flüchtlinge von 4 (jeweils in den Jahren 2011 und 2012) auf 16 Kurse (2013) an. Als neue Zielgruppen kamen 2013 jugendliche Flüchtlinge und Analphabetinnen im Übergangsheim Ludwig-Quidde-Straße hinzu. Insgesamt lernen im Jahre 2013 allein in Bremen Mitte mehr als 200 Flüchtlinge an der Bremer VHS Deutsch. Die VHS-Zweigstellen realisieren zudem weitere Kurse in den Stadtteilen.

Darüber hinaus unterstützte die VHS die Bildungsbehörde mit Personal, um im Sommer d.J. kurzfristig an einer Schule einen Deutschkurs für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge anbieten zu können. Für das in diesem Jahr mit dem Hilde-Adolf-Preis ausgezeichnete Projekt der Organisation *Fluchtraum* „Sommerpaten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ war die VHS Ideengeber und unterstützte die Maßnahme mit Öffentlichkeitsarbeit und einem weiteren Deutschkurs.

5. Zukunftsvision der Bremer Volkshochschule zur Asyl- und Integrationspolitik

Integrationszentrum Eine Vision für die Zukunft der Integrationspolitik der Stadt Bremen ist, ein Integrationszentrum zu begründen, in dem umfassend zu Deutschkursen aber auch von der Migrationsberatung der Wohlfahrtsverbände zu anderen Fragen beraten wird. Ziel soll es auch sein, das Bremer Konzept für Mehrsprachigkeit gerade in einer deutschen Weiterbildungseinrichtung einzuführen und damit für die Integration die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Die Idee eines zentral gelegenen VHS-Integrationszentrums wurde im Benchmark mit der Hamburger VHS abgeglichen und für die Stadt Bremen geprüft. In einem VHS-Integrationszentrum in Bremen könnte das dringend benötigte Lernangebot, das speziell auf die Bedürfnisse von minderjährigen Flüchtlingen ausgerichtet ist, untergebracht sein. (In München etwa gelingt mit der Schlau-Schule eine zügige Integration der jungen Menschen sehr gut.)

Ein künftiges Integrationszentrum braucht außerdem so etwas wie ein Begegnungszentrum mit genügend Unterrichtsräumen, Räumen für Migrationsberatung der Wohlfahrtsverbände,

für Einstufungstest online oder face to face, Beratung in Asyl- und Flüchtlingsfragen und eine interkulturelle Cafeteria, die betreute Begegnung oder gezielte Veranstaltungen organisiert. Es besteht ggf. die Möglichkeit einer Finanzierung über ESF-Mittel, so wie im Fall des Sportclubs in Marßel.

Bremen kann sich von anderen Bundesländern deutlich unterscheiden, indem es mit dem „VHS-Integrationszentrum“ eine echte internationale Willkommenskultur für Asylsuchende oder Migranten schafft. Ein Ort, wo je nach Bedarf und Situation Menschen aus anderen Ländern Schritt für Schritt Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Bremen praktisch und lebensnah für die Dinge des täglichen Lebens bis hin zum Einbürgerungstest möglich gemacht wird.

Ziel soll dabei auch sein, den Wirtschaftsstandort Bremen zu stärken, indem möglichst viele Menschen Arbeit schaffen oder finden – und sei es, gemeinwohlorientierte Arbeit für Flüchtlinge/Asylsuchende zu ermöglichen, damit sie das Gefühl *erleben*, in Deutschland gebraucht und willkommen geheißen zu werden.

Bremen, den 22.10.2013

Dr. Sabina Schoefer

Wirtschaftsplan 2014 / 2015**Bremer Volkshochschule**

zuständiges Fachressort: **Senator für Kultur**

Inhaltsübersicht

- 1. Erfolgsplan**
- 2. Vermögensplan**
- 3. Personalplan**
- 4. Investitionsplan**

Wirtschaftsplan für Eigenbetriebe und Museumsstiftungen

Blatt 2

1. Erfolgsplan							
Eigenbetrieb/Museumsstiftung:		Bremer Volkshochschule					
Planungszeitraum:							
			Wirtschaftsplan		Finanzplan		
Planungsgrößen	Ist 2012	Prognose 2013	Planjahr 2014	Planjahr 2015	Planjahr 2016	Planjahr 2017	
lfd. Nr.	Gewinn- und Verlustrechnung						
1	Umsatzerlöse	4.402	4.657	4.583	4.620	4.643	4.666
2	<i>dav.: Umsatzerlöse FHB</i>						
3	Zuschüsse/Zuwendungen FHB	3.429	3.509	3.735	3.476	3.476	3.476
4	Zuschüsse/Zuwendungen sonstige Mittelgeber	32	29	4	0	0	0
5	Bestandsveränderung	0	0	0	0	0	0
6	sonstige betriebliche Erträge	427	280	203	203	203	184
	Summe Erträge	8.290	8.475	8.525	8.299	8.322	8.326
7	bezogenes Material	1.579	1.549	1.620	1.625	1.629	1.634
8	bezogene Leistungen	2.516	2.738	2.560	2.560	2.560	2.560
9	Personalaufwand	3.435	3.373	3.283	3.048	2.999	3.053
10	Löhne und Gehälter	2.737	2.694	2.586	2.384	2.347	2.388
11	Sozialabgaben	698	677	697	664	652	665
12	Abschreibungen auf Sachanlagen	195	190	208	208	208	183
13	Abschreibungen auf Finanzanlagen						
14	sonstiger betrieblicher Aufwand	820	851	839	844	911	881
	Summe Aufwand	8.544	8.701	8.510	8.284	8.307	8.311
	Betriebsergebnis	-254	-226	15	15	15	15
15	Beteiligungsergebnis						
16	Zinserträge u.ä.	2	0	2	2	2	2
17	Zinsaufwand u.ä.	6	15	15	15	15	15
	Finanzergebnis	-4	-15	-13	-13	-13	-13
	Ergeb. d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-258	-241	2	2	2	2
18	außerordentliche Erträge	65	15	13	13	13	13
19	außerordentlicher Aufwand	173	40	15	15	15	15
	außerordentliches Ergebnis	-108	-25	-2	-2	-2	-2
20	Steuern vom Eink. und Ertrag	0	0	0	0	0	0
21	sonstige Steuern						
	Ergebnis nach Steuern	-366	-266	0	0	0	0

Erläuterungen:

1 Bei den Bühnenerlösen wurden Steigerungen von 0,5% p.a. angesetzt. Außerdem ist ab 2014 jeweils ein zusätzlicher Ertrag i.H.v. 50 T€ aus der Deckungsbeitragsoptimierung eingeplant.

Drittmittelerträge wurden gleichbleibend geplant

2 Zuschüsse der öffentlichen Hand :

Sen.f.Kultur	2.925.000	3.175.000	2.925.000	2.925.000	2.925.000
Sen.f.Bildung u. Wiss. für Arbeit und Leben	188.200	188.200	188.200	188.200	188.200
Sen.f.Bildung u. Wiss. nach Brem.WBG	378.985	362.549	362.549	362.549	362.549
Projektmittel von Sonstigen	16.900	9.400			
	3.509.085	3.735.149	3.475.749	3.475.749	3.475.749

4 Zuschüsse für Arbeitsplatzfinanzierungen laufen aus

7 Betriebskostensteigerungen bei Mieten und MietNK für Unterrichtsräume wurden mit 1,5% veranschlagt. 1 Unterrichtsraum in der Musikschule wurde gekündigt (- 9 T€)

8 Aufgrund gleichbleibend geplanter Unterrichtseinheiten wurde der Honoraraufwand jeweils in gleicher Höhe eingeplant

9 Tarifsteigerungen wurden für 2014 um 0,9%, 2015 um 0,6% und ab 2016 mit jeweils 1,5% kalkuliert.

Sowohl die geplanten Personaleinsparungen aus dem Konsolidierungskonzept 2009 als auch die Personalveränderungen in den Zweigstellen sowie in den Clustern sind eingeplant.

Wirtschaftsplan für Eigenbetriebe und Museumsstiftungen

Blatt 3

Bremer Volkshochschule

2. Vermögensplan

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 T€	Prognose 2013 T€	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
				Planjahr 2014 T€	Planjahr 2015 T€	Planjahr 2016 T€	Planjahr 2017 T€
	Mittelherkunft						
	Finanzierungsmittel aus:						
1	Abschreibungen	195	190	208	208	208	183
2	Verkauf von Anlagevermögen						
3	Jahresüberschuss	0	0	0	0	0	0
4	der Zuführung von Rücklagen						
5	Kreditaufnahmen	267	248				
6	öffentlichen Mitteln *)			0	0	0	0
7	Sonstigem						
	Summe Mittelherkunft:	462	438	208	208	208	183
	Mittelverwendung						
8	Mittelverwendung für Investitionen in der Planungsperiode	96	172	193	208	208	183
9	Immaterielle Vermögensgegenstände						
10	Grundstücke, Gebäude						
11	Technische Anlagen, Maschinen						
12	Firmenfahrzeuge						
13	Einrichtungen / Büroausstattungen						
14	sonstige Investitionen	96	172	193	208	208	183
15	Einstellung in Rücklagen						
16	Kredittilgung			15			
17	Jahresfehlbetrag	366	266				
	Summe Mittelverwendung:	462	438	208	208	208	183

*) Abnahme des LHK-Kontos

Stand LHK-Konto 31.12.	-1.526	-1.780	-1.765	-1.765	-1.765	-1.765
-------------------------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

3. Personalplan							
lfd. Nr.	Personalbestand: ¹⁾	Wirtschaftsplan				Finanzplan	
		Ist 2012	Prognose 2013	Planjahr 2014	Planjahr 2015	Planjahr 2016	Planjahr 2017
1	Beschäftigte	52,76	50,92	48,9	48,93	47,67	48,67
2	Beamte	5,1	5,1	4,11	2,75	2,75	2,75
3	Summe Beschäftigte (ohne Aushilfen und Auszubildende) (Beschäftigungsvolumen ²⁾)	57,86	56,02	53,01	51,68	50,42	51,42
4	nachrichtlich: Auszubildende	0	0	0	0	0	0

¹⁾ jeweils in Vollzeitäquivalenten der durchschnittlich Beschäftigten; Wegfall der Statusgruppen "Arbeiter" und "Angestellte" mit Inkrafttreten des TVöD vom 01.10.2005.

²⁾ Das Beschäftigungsvolumen zählt die im Planungszeitraum durchschnittlich Beschäftigten umgerechnet auf Vollezeiteinheiten (VZE). Nicht aktive Beschäftigte (Abwesende) werden nicht einbezogen. Altersteilzeit in der Freistellungsphase wird als aktiv gezählt. Das Volumen wird dabei entsprechend dem Anteil an den Aufwendungen während der Vollbeschäftigung ermittelt (bei vorheriger Vollbeschäftigung i.d.R. 70 %, d.h. 0,7 VZE)

4. Maßnahmenbezogener Investitionsplan

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Projekte	Anteil Drittmittel in %	Ist 2012	Prognose 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
						2014	2015	2016	2017
1	Immaterielle Wirtschaftsgüter	Projekt 1 Projekt 2 Projekt 3 ...							
	Summe immaterielle Wirtschaftsgüter								
2	Unbebaute und bebaute Grundstücke								
2.1.		Projekt 1 Projekt 2 ...							
2.2.		Projekt 1 Projekt 2 ...							
	Summe unbebaute und bebaute Grundstücke								
3	Maschinen und technische Anlagen								
3.1.		Projekt 2 ...							
3.2.		Projekt 1 ...							
	Summe Maschinen und technische Anlagen								
4	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung								
4.1.		Projekt 1 Projekt 2 ...							
4.2.		Projekt 1							
4.3.		Projekt 2							
4.4.		Projekt 3							
	Summe Betriebs- und Geschäftsausstattung								
5	Finanzanlagen / Beteiligungen	Projekt 1 Projekt 2 ...							
	Summe Finanzanlagen / Beteiligungen								
7	Summe Übrige Investitionen unter 250 T€			96	172	193	208	208	183
	Summe Investitionen			96	172	193	208	208	183